

Re:new

PROGRESSIVE CONVENTION

Brussels, 25-26 November 2011



Allgemeine Resolution der SPE

Verabschiedet vom SPE-Rat am 24. November 2011

Die Krise in Europa ist nicht vorüber. Wir sind nicht auf dem Weg zu mehr Wachstum. Wir sind nicht auf dem Weg zu mehr Arbeitsplätzen. Ganz im Gegenteil: Solange sich die Politik nicht ändert, sind wir auf dem besten Weg zu einer wachsenden Arbeitslosigkeit und einer neuen Rezession.

Millionen europäischer Bürger leiden weiterhin unter den Folgen der schwersten wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Krise der jüngsten Zeit. Sie haben diese Krise nicht verursacht, müssen jetzt aber die Last tragen. Sie sind Opfer eines doppelten Versagens: ein Versagen des Finanzsystems und ein Versagen darauf zu reagieren. Das Finanzsystem scheiterte an Profitgier, und die Reaktion darauf versagte, weil es der konservativen und neoliberalen Mehrheit in Europa widerstrebt, gegen diese Profitgier vorzugehen.

Zu lange lag das Schicksal Europas in den falschen Händen. Jetzt ist es an der Zeit für einen Wandel. Jetzt ist es an der Zeit, mit einer neuen sozialdemokratischen Mehrheit Europa wieder auf einen nachhaltigen Wachstumskurs zu bringen. Die politische Stimmung ist an einem Wendepunkt angelangt. Mit dem Entstehen neuer Mehrheiten werden wir unseren progressiven Weg aus der Krise heraus weiter beschreiten.

Wir, die SPE und alle unsere Mitgliederparteien und Mitgliedsorganisationen, sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und Europa eine neue Richtung zu geben. Unsere politische Antwort auf die Krise haben wir seit langem formuliert: Arbeitsplätze müssen geschaffen, Wachstum gefördert und nachhaltige und solide öffentlicher Haushalte garantiert werden. Wir setzen uns dafür ein, Europa wiederzubeleben. In der Zukunft muss Europa für Wohlstand, Vertrauen und Hoffnung stehen.

Unser Weg ist der einzige gerechte und nachhaltige Ausweg aus der Krise. Die Eckpfeiler unseres Plans sind den folgenden:

1. **Ein Investitionsplan für grünes Wachstum, Arbeitsplätze sozialen und territorialen Zusammenhalt.** Die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben ist nicht ausreichend, um die Krise zu überwinden. Im Gegenteil: ein Programm **öffentlicher und privater Investitionen von 210 Milliarden Euro jährlich für die EU27 – das lediglich eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen um 1,1 Prozent erfordert – würde in den nächsten 10 Jahren 12 Millionen neuer Arbeitsplätze schaffen**, die Arbeitslosigkeit auf 7,7 % senken und gleichzeitig eine Reduzierung des öffentlichen Defizits auf durchschnittlich 1,2 % des BIP zwischen 2016 und 2020 ermöglichen. Solche **umfassenden Investitionen sind notwendig, um neue und bessere Arbeitsplätze zu schaffen und nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen.** Durch mehr Innovationen und eine Belebung der industriellen Produktion sowie einer Stärkung des Gesundheits- und Pflegesystems können viele der hochwertigen Arbeitsplätze geschaffen werden, die in Europa insbesondere für Jugendliche, Frauen und ältere Arbeitnehmer so dringend benötigt werden. Zentrale Herausforderungen für die Politik sind eine Verbesserung der Bildung, der Ausbildung und Innovationsfähigkeit. Unsere Antwort darauf basiert auf einem System breiter gesellschaftlicher Beteiligung und umfassender sozialer Sicherheit. Unser



Ziel ist eine ökologische und kohlenstofffreie Wirtschaft. Wir setzen uns für eine Stärkung der europäischen Industrie ein und fordern den besseren Einsatz von EU-Fonds zur Förderung von gerechtem Wachstum und Solidarität in der gesamten Region.

Wir haben einen konkreten Plan zur Finanzierung dieses Programms. Er beruht auf Gerechtigkeit. Eine Finanztransaktionssteuer und grüne Steuern müssen Teil eines neuen gerechten Investitionsfinanzierungsplans sein. Steuerhinterziehung muss bekämpft werden und unsere Steuersysteme müssen progressiver gestaltet werden. Die in Rentenfonds und Versicherungen eingezahlten Ersparnisse der Arbeitnehmer müssen gegen weitere Verluste auf den Finanzmärkten geschützt werden. Sie sollten zur Finanzierung langfristiger Investitionen in Public Private Partnership Projekten genutzt werden. Dadurch wird gewährleistet, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen und stabile Erlöse aus den Rentenersparnissen der Lohnempfänger gesichert werden.

2. Ein ‚demokratischer Frühling‘ für den Finanzsektor. Dies muss die Einrichtung einer unabhängigen europäischen Kreditrating-Agentur und einer Finanztransaktionssteuer ohne Schlupflöcher einschließen. Wir müssen das Privatkundengeschäft vom Investmentbanking trennen, um die Ersparnisse unserer Bürger zu schützen, ungedeckte Leerverkäufe und Kreditausfallswaps und andere schädliche Praktiken verbieten und die neu geschaffenen europäischen Aufsichtsbehörden mit ausreichenden Befugnissen ausstatten. Den Finanzmärkten hätte nie gestattet werden dürfen, die Geschicke unserer Gesellschaften zu bestimmen. **Lehmann Brothers liegt drei Jahre zurück; die Finanzreform ist aber in Wirklichkeit seit 30 Jahren fällig.** Wir müssen das in den letzten Jahren verloren gegangene Terrain zurückgewinnen. Wir müssen dem Finanzbereich wieder die Rolle zuweisen, die ihm gebührt und die er einst hatte, nämlich die des Dienstleisters der realen Wirtschaft und unserer Gesellschaften.

3. Ein stärkeres und demokratischeres System der wirtschaftlichen Regierungsführung. Als sofortigen ersten Schritt um den Staatsanleihenmarkt in der Eurozone zu stabilisieren und somit die Nachhaltigkeit von Staatsanleihen zu ermöglichen, sollte der EFSF direkt durch die EZB refinanziert werden dürfen. Die Schaffung einer Stabilitätsagentur der Eurozone, durch die Eurobonds ausgegeben werden könnten, würde es der Eurozone gestatten, einen bestimmten Teil der staatlichen Schulden gemeinsam zu verwalten und grenzüberschreitende Investitionen für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu finanzieren. Das würde auch das gesamte Gewicht der Eurozone den Marktspekulanten entgegensetzen. Wir, die SPE, fordern diese Reformen im Rahmen einer umfassenderen wirtschaftlichen Strategie für die Eurozone. Diese muss auch Maßnahmen zur Stärkung der gegenseitigen Überwachung und steuerpolitischen Verantwortung beinhalten, die nicht auf Kosten des Europäischen Sozialmodells gehen und nationale Lohnsysteme durch europäische Regeln beeinträchtigen dürfen. Wir müssen auch eine starke demokratische Rechenschaftspflicht und Legitimität gewährleisten. In dieser Hinsicht muss das Europäische Parlament mit dem Ministerrat gleichgestellt werden. In dem Europa das wir wollen werden die wichtigsten Entscheidungen nicht von zwei konservativen Regierungen hinter verschlossenen Türen gefällt. Gleichzeitig müssen wir die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgegebene Flexibilität nutzen, um jenen Mitgliedstaaten innerhalb und außerhalb der Eurozone, die Handlungsspielraum benötigen, diesen zu ermöglichen. Das klare Prinzip in Europa ist, dass nur eine gesunde und nachhaltige Wirtschaft, basierend auf mehr Arbeitsplätzen und besseren öffentlichen Finanzen, den Erfolg der europäischen Bürger in der Zukunft gewährleisten kann. Als erste Priorität sollten Mitgliedstaaten im Rahmen eines gesamteuropäischen Ansatzes eine ausgewogene und stabile Wirtschaft fördern, in der einerseits überhöhte Defizite verhindert, andererseits Wachstum und bessere Arbeit geschaffen werden.

4. Ein vereintes Europa in der globalen Arena. In diesen Zeiten starker finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Turbulenzen muss die EU mit einer progressiven Stimme in den internationalen Organisationen (UNO, IWF, WB,...) und den G20 auftreten. In dieser neuen multipolaren Welt muss die EU die Vorreiterrolle für progressive Lösungen zur Regulierung des Finanzmarktes, für Handel, Arbeitsplätze und menschenwürdige Arbeit



übernehmen. Im Kampf gegen den Klimawandel und für einen nachhaltigen Globalisierungsprozess muss die EU die demokratische Regierungsführung und die Entwicklung von UNO-Mindeststandards für sozialen Schutz für alle fördern.

Unser Modell ist ein soziales Modell. Unser Modell ist ein demokratisches Modell. Es ist kein Modell, das wir allein entwickeln, sondern eines, das fest in unseren Gesellschaften verankert ist. Dies wird untermauert durch unsere Sozialdemokratische Europäische Convention am 25. und 26. November, bei der mehr als 100 verschiedene Parteien, Gewerkschaften, NRO, zivilgesellschaftliche Gruppen und Aktivisten zusammenkommen. Dies ist die breitest angelegte Konsultation, die je von einer europäischen Partei organisiert wurde. Wir betreiben keine Politik hinter verschlossenen Türen. Unsere Politik wird im Zusammenwirken mit der Gesellschaft gestaltet, sie findet ihre Inspiration in der Gesellschaft und sie ist dazu da, um der Gesellschaft zu dienen.

Im Gegensatz dazu lässt sich das Ergebnis der rechten Reaktion auf die Krise in drei Worten zusammenfassen: *Austerität, Austerität, Austerität*. Es besteht kein Zweifel: Ihr Weg funktioniert nicht. Das Einzige, was sie erreichen, ist die Verschlechterung des Lebens der normalen Bürger. Es ist an der Zeit für einen Wandel. Die europäischen Bürger haben genug. Sie sind misstrauisch. Sie sind nervös und besorgt um ihre Zukunft. Sie sind wütend, weil sie Opfer einer Krise sind, für die sie nicht verantwortlich sind. Sie sind wütend, weil sie den Preis der Austerität zahlen. Sie fordern eine andere Art der Politik, die sie nicht zu Sündenböcken für das Versagen des Marktes und für das Scheitern jener falschen politischen Entscheidungen macht, die einer einseitigen neoliberalen Ideologie folgen. Sie müssen wieder in die Lage versetzt werden, selber über die Zukunft zu entscheiden.

Dies haben wir, die SPE, immer wieder gesagt. Wir haben die letzten zwei Jahre davor gewarnt, dass sich Europa in die falsche Richtung bewegt. Heute haben sich unsere Warnungen bestätigt: Rund 25 Millionen Menschen in ganz Europa sind ohne Arbeit, ohne die Möglichkeit selber Geld verdienen zu können. 25 Millionen Bürger fragen sich, warum sie ihre Arbeit verloren haben. 25 Millionen Menschen stellen ihre Rolle in der Gesellschaft in Frage. Es besteht der starke Wunsch nach einer neuen Richtung. Einer neuen Richtung hin zu einer wissensbasierten Gesellschaft, in der lebenslanges Lernen für alle Bürger ermöglicht wird.

Wir bieten diese neue Richtung an. Wir haben einen klaren Ausweg aus der Krise, der den Wohlfahrtsstaat bewahrt und als Instrument für Wachstum und Konjunkturerholung nutzt. Ein Weg, der nicht die normalen Bürger für eine Krise bestraft, die sie nicht geschaffen haben, sondern ihnen wieder die Möglichkeit gibt, die Geschicke aktiv zu lenken. Ein Weg, der die Krise lösen wird, indem sie bei den Wurzeln angepackt wird, ein gerechter und nachhaltiger Weg, der auf den Grundsätzen der europäischen Solidarität aufbaut. Ein Weg auf dem Gewerkschaften ihr legitimes Recht gewährt wird, Tarifverträge für eine faire Bezahlung und gute Arbeit auszuhandeln.

Diese Krise ist nicht nur eine Wirtschaftskrise. Sie ist auch nicht nur eine soziale Krise. Sie ist auch eine Krise unserer europäischen Ideale und demokratischen Werte. Die demokratische Legitimation des europäischen Projekts hat ernsten Schaden genommen. Es gab weniger Fortschritte bei der Gleichstellung von Frauen und Männern und der Stärkung der Rechte von Frauen. Das Gemeinschaftsgefühl, Solidarität, der Stolz Bürger in unseren europäischen Wohlfahrtsgesellschaften zu sein, die Zuversicht und Hoffnungen sind untergraben worden. Jahre neoliberaler Politik haben es den Finanzmärkten ermöglicht, übermäßige Macht anzuhäufen und unsere öffentliche Politik zu diktieren. Dem gilt es Einhalt zu gebieten. Das Entscheidende ist, dass wir den Finanzmärkten nicht länger gestatten, die öffentliche Politik zu diktieren. Wir sind entschlossen, die Politik wieder in die Hände der Menschen zu legen, sie wieder in den Dienst unserer Gesellschaften zu stellen und in unseren Ländern und in Europa die vollständige demokratische Kontrolle wiederherzustellen.

Gemeinsam wollen wir Europa zurückgewinnen. Wir haben eine Alternative. Durch das Wiedererlangen einer neuen sozialdemokratischen Mehrheit werden wir in der Lage sein, unsere Politiken zum Nutzen aller Europäer umzusetzen. Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Wir haben beides.

